

Millionen für Tunesien nur bei Asyl-Kooperation?

Interview mit dem obersten Schweizer Entwicklungshelfer Martin Dahinden

Der Deza-Chef über den Plan des Bundesrates, Entwicklungshilfe und Migration zu verknüpfen.

Interview: Claudia Gnehm

Herr Dahinden, gemäss der neuen Botschaft will der Bundesrat die Entwicklungshilfe künftig mit der Migration verknüpfen und strebt etwa bei Rückübernahmen von Asylbewerbern Gegenleistungen an. Was halten Sie davon?

Martin Dahinden: Der Bundesrat wünscht eine Verbindung zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Migration. Allerdings lehnt er strikte Bedingungen für die Schweizer Hilfe ab. Solche bestünden, wenn wir einem Land, das ein Rücknahmeabkommen Interview mit dem obersten Schweizer Entwicklungshelfer nicht unterzeichnet oder nicht anwendet, Hilfe verweigern würden. Eine solche Haltung wäre kontraproduktiv.

Wieso?

Es ist nicht im schweizerischen Interesse, dass man sich am Ende aus jenen Regionen, aus denen die Asylbewerber stammen, zurückzieht. Gerade die Armutsreduktion wirkt auf die Ursachen der Migration ein.

Was heisst das vor Ort in Ländern wie Nigeria, wo die Menschen nicht zurückkehren wollen?

Im Rahmen von Migrationspartnerschaften arbeiten wir mit solchen Ländern zusammen und legen die Interessen beider Seiten auf den Tisch. Wir sprechen beispielsweise mit Nigeria über die Rücknahme von weggewiesenen Asylbewerbern einerseits und andererseits über Programme vor Ort, welche die Migration eindämmen. Zum Beispiel Berufsbildungsprogramme. Aber wenn wir den nigerianischen Behörden sagen würden, wir sprechen mit euch nur, wenn ihr zuerst ein Rückübernahmeabkommen unterzeichnet, dann würde gar nichts passieren.

Die meisten Asylsuchenden kommen aus Eritrea. Was macht die Deza dort?

In Eritrea sind wir nicht vor Ort – das wäre auch sehr schwierig. Aber wir wollen unsere Präsenz am Horn von Afrika verstärken. Wir führen bereits

humanitäre Aktivitäten durch. In dieser Gegend kommt man aber allein mit Lebensmittelverteilung nicht weiter. Angedacht sind Programme in Äthiopien und Somalia.

Sehr viele Asylbewerber kommen derzeit aus Tunesien. Dort fliessen jetzt 24 Millionen Franken in die Entwicklung – aber ohne Zusammenhang mit der Schweizer Asylproblematik?

Nein. Gerade mit Tunesien verhandeln wir über ein gesamtheitliches Massnahmenpaket, welches neben Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit auch die wichtige Frage der verbesserten Rückführung tunesischer Staatsangehöriger enthält. Die Deza ist dort unter anderem im Bereich Arbeit, Schulen, Berufsbildung, Aufbau von Institutionen und bei Wasserprojekten tätig.

Sie haben Tag für Tag mit Armut zu tun. Was berührt Sie persönlich am meisten bei Besuch von Ländern, in denen die Deza aktiv ist?

Eigentlich ist nicht die absolute Armut das Dramatischste, sondern die Hoffnungs- und Aussichtslosigkeit der Menschen. Es trifft mich auch weniger, wenn ich armes ländliches Leben sehe, als Menschen, die völlig hoffnungslos in einer Grossstadt gestrandet sind. Da weiss man, sie haben keine Qualifikation, um irgendwann mal wieder etwas Sinnvolles mit ihrem Leben zu machen. An diesem Punkt setzen unsere Programme für eine berufliche Ausbildung an.

Die Schweiz stockt die Entwicklungshilfe für die nächsten vier Jahre auf 11,4 Milliarden Franken auf. Wer profitiert am meisten?

Das primäre Ziel bleibt die Armutsreduktion. Schwerpunkte sind neu einerseits zehn fragile Länder mit zerfallenen Staatsstrukturen wie Afghanistan, weil es dort in der Armutsreduktion keine Fortschritte gibt, und die Schweiz als unparteiisches Land akzeptiert wird. Andererseits

möchten wir verstärkt zur Lösung von globalen Problemen wie Klimawandel, Ernährungssicherheit, Wasser und Migration beitragen.

Laut Bundesrat ist die Entwicklungshilfe im Eigeninteresse der Schweiz. Was haben wir davon?

Es geht nicht um eine Instrumentalisierung der Hilfe, sondern um wohlverstandenes Eigeninteresse. In der Schweiz wird rund 50 Prozent des Volkseinkommens im Ausland erzielt. Die Verhältnisse im Ausland haben eine starke Wirkung auf uns. Nicht nur wegen den Absatzmärkten. Von Immigrationsströmen aus Krisenländern sind wir direkt betroffen oder vom Ausbruch von Krankheiten. Zum Eigeninteresse kommt aber auch die Solidarität als wichtige Triebkraft, die ethisch begründet ist.

Die einzige Kritik an der neuen Botschaft kommt von Entwicklungsorganisationen, die fordern, dass die Entwicklungshilfe besser mit der Wirtschaftspolitik und dem Verhalten von Unternehmen in solchen Ländern abgestimmt werden soll – respektive, dass es mehr Richtlinien geben soll.

Die Frage, ob die anderen Politikbereiche eines Landes mit der Entwicklungspolitik kohärent sind, ist für alle Länder eine grosse Herausforderung. Also die Frage, ob die Landwirtschaftspolitik oder der Patentschutz, der Finanzplatz oder das Steuersystem entwicklungsverträglich sind. Da kommt auch immer wieder von der OECD Kritik an die Schweiz. Die Botschaft gibt dazu keine direkte Antwort.

Trotzdem, wenn Sie vor Ort sind, sehen Sie das Konfliktpotenzial. Schweizer Unternehmen oder deren Töchter und Lieferanten verhalten sich nicht immer im Sinne der Entwicklung.

Ich bin der Meinung, dass sich die multinationalen Unternehmen der Schweiz heute in der überwiegenden Mehrzahl verantwortungsbewusst verhalten. Nestlé sieht sich schon fast als Entwicklungshelferin. Für die Entwicklung braucht es auch ausländische Investitionen. Unser Problem in fragilen Ländern ist gerade, dass dort niemand investiert und Arbeitsplätze schafft. Am Horn von Afrika oder Afghanistan gibt es kaum private Firmen, die investieren.

Armut und mangelnde Infrastruktur hält aber Schweizer Rohstoffhändler und ihre Tochtergesellschaften nicht von der Förderung ab. Da wären doch Gesetze sinnvoll, wonach Schweizer Konzerne für Vergehen wie Arbeitsrechtsverletzung der Tochterfirmen in Entwicklungsländern haften müssen, wie es die Initiative «Recht ohne Grenzen» fordert.

Ich bin persönlich der Meinung, dass man den Rohstoffhandel in der Schweiz künftig politisch diskutieren soll. Die Schweiz täte gut daran, genauer hinzuschauen, was im Rohstoffhandel in Entwicklungsländern läuft. Das wäre im Übrigen auch im Interesse des Rohstoffplatzes Schweiz.